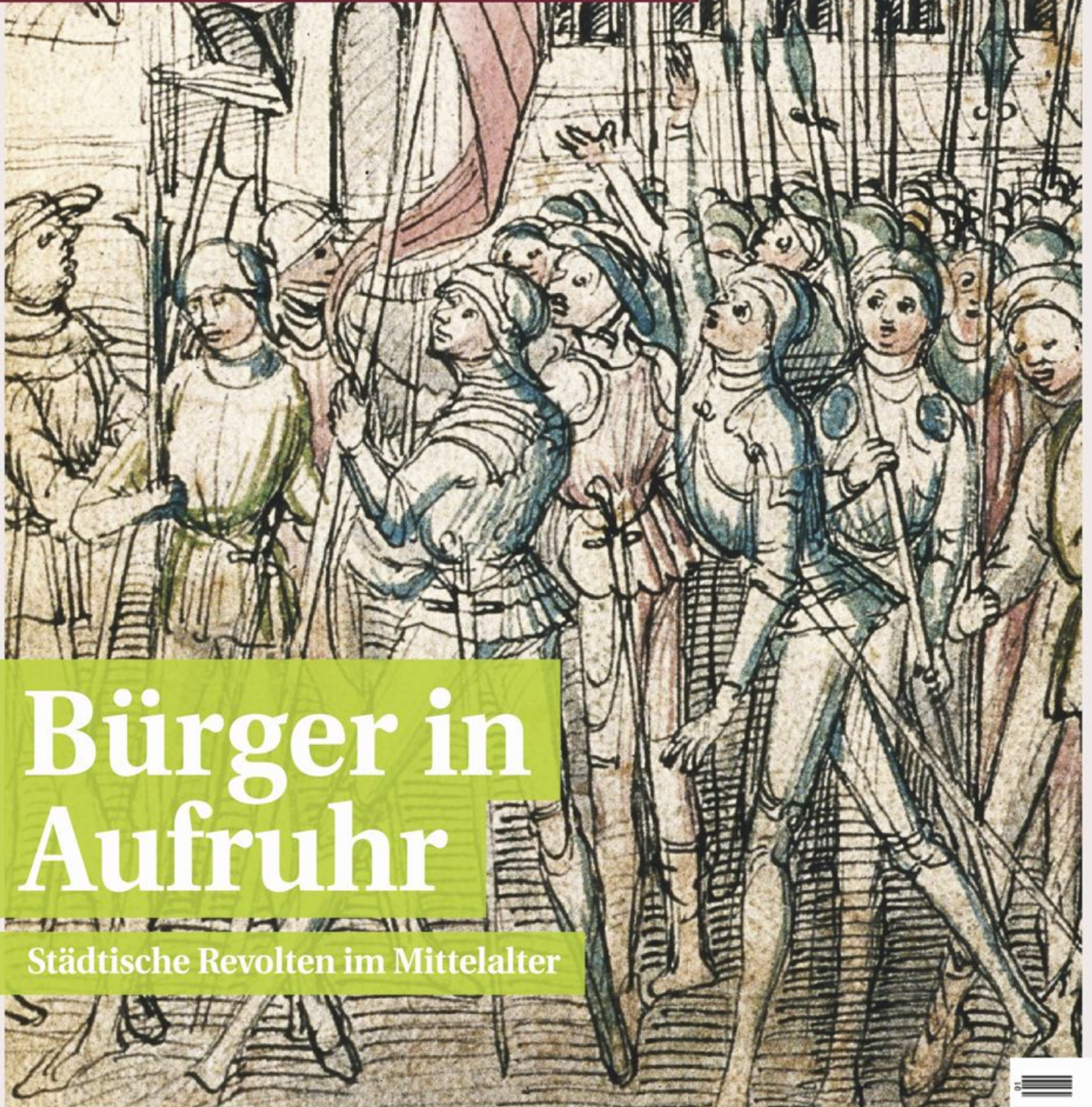


DAMALS

DAS MAGAZIN FÜR GESCHICHTE

BÜRGER IN AUFRUHR



Bürger in Aufruhr

Städtische Revolten im Mittelalter

BUCHJOURNAL:
Neuerscheinungen
im Überblick

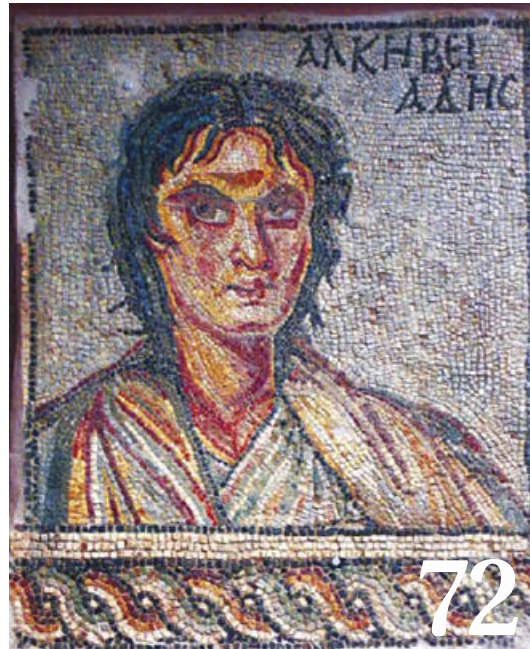
ABHÖRAFFÄRE 1963/64:
Massiver Angriff
auf die Grundrechte

ATHENISCHE DEMOKRATIE:
Das gefährliche Spiel
des Alkibiades



Alkibiades: zwischen Ruhm und Verbannung

Der selbstherrliche Staatsmann Alkibiades (um 450–404 v. Chr.) stürzte die athenischen Truppen im Peloponnesischen Krieg in ein riskantes militärisches Abenteuer.



72

AKG / John Hios



Ulrichstein Bild / Süddeutsche Zeitung Photo / Schier

Deutsche in Russland

Vor 50 Jahren wurden die Russlanddeutschen in der Sowjetunion vom Generalverdacht freigesprochen, sie seien Spione Hitlers gewesen.

10

AKTUELL

- 47 **FORSCHUNG**
Helmut Schmidt in Güstrow.
- 48 Bestattung für den kleinen Krieger.
- 49 **KALENDER**
- 54 **FERNSEHEN/HÖRFUNK**
- 56 **BUCHJOURNAL**
Antike: Der frühe Mensch – Götterwelten

- 57 **Mittelalter:** Rom – Fernreisen – Templerburgen
- 58 **Neuzeit:** Marquis de Sade – Wiener Kongress
- 59 **Zeitgeschichte:** Churchill – Die Jahre 1918–1938 – Helmut Schmidt und Siegfried Lenz – DDR/BRD
- 61 **Globus:** Mao Zedong
- 61 **DVDs/Hörbücher:** Pioniere Amerikas – Ostpreußen – Sephardische Juden

RUBRIKEN

- 62 **POLITIK**
Abhöraffäre in der frühen BRD: Verfassungsbruch durch den Verfassungsschutz?
- 70 **MUSEUM**
keltten römer museum
Manching: Die keltische Drehscheibe
- 72 **PORTRÄT**
Der athenische Staatsmann Alkibiades: **Strategie des eigenen Ruhms**
- 77 **FASZINIERENDE FIGUREN**
Julian Nida-Rümelin über Ludwig Wittgenstein: „Ein autoritärer Knochen“
- 78 Rätsel
- 80 Impressum
- 80 Leserbrief
- 81 Rätselaufösungen
- 82 Vorschau



Auch in der „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“, 1924 gegründet, wurde 1927 der zehnte Jahrestag der Oktoberrevolution gefeiert.

Sehnsucht nach der Wolgarepublik



Graphik: DAMALS / Karl Marx

Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion 1941 ließ Stalin Hunderttausende Russlanddeutsche deportieren. Im Januar 1965 wurde ein Erlass veröffentlicht, der die Minderheit vom Vorwurf der NS-Kollaboration freisprach, doch in ihre Heimat durften die Menschen dennoch nicht zurück.

Als der russische Präsident Wladimir Putin im vergangenen Jahr die Annexion der Krim vorbereitete, versuchte er, in der dortigen Bevölkerung so viel Unterstützung wie möglich zu gewinnen. Auch auf die ethnischen Minderheiten ging er zu und machte ihnen zumindest auf dem Papier Zugeständnisse. Den rund 2500 Deutschen – wie etwa auch Griechen, Bulgaren oder Krimtataren – sicherte Putin per Erlass eine weitgehende Rehabilitierung zu. Die Deutschen auf der Krim zählten zu den geschätzten 900000 Russlanddeutschen, die 1941 aus ihren Heimatregionen am Schwarzen Meer, im Kaukasus und an der Wolga in den Norden der Sowjetunion zwangsumgesiedelt wurden. Nur ein Bruchteil schaffte später die Rückkehr in

die Heimat. Mit dem Erlass vom April 2014 erkannte Russland das historische Unrecht der Deportationen an – zumindest für die Russlanddeutschen auf der Krim.

Für die rund 600000 Deutschen, die heute in der Russischen Föderation leben – die meisten noch immer an den Verbannungsorten in Sibirien –, gilt der Erlass nicht. Sie warten trotz einer Verbesserung ihrer Lage nach dem Ende der Sowjetunion 1991 nach wie vor auf eine Bekundung des Bedauerns ob des erlittenen Unrechts. Für sie bleibt es bei der Teilrehabilitierung von 1965, als der Vorwurf der Kollaboration mit Hitler zurückgenommen wurde. Damals stellte der Oberste Sowjet fest: „Das Leben hat gezeigt, dass diese pauschalen Beschuldigungen unbegründet und ein

Ausdruck der Willkür unter den Bedingungen des Stalin'schen Personenkults waren“. Zu dieser „Willkür“ zählte auch die Auflösung der Wolgadeutschen Republik. Sie trug offiziell den Titel „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSR)“ und war 1924 etabliert worden. Die Region um die Stadt Engels (Pokrowsk) am Mittellauf der Wolga war schon lange das kulturelle Zentrum der Russlanddeutschen gewesen. Deren Vorfahren hatte Zarin Katharina die Große als landwirtschaftliche Kolonisten seit 1763 aus Deutschland angeworben.

Der Autonomiestatus der Wolgarepublik – mit Deutsch als Amtssprache – war Bestandteil der Nationalitätenpolitik der UdSSR. Damit sollten die unterschiedlichen Völker für die Ziele von Staat und Kommunistischer Partei gewonnen werden. Obgleich sich die autonome Republik der zentralistischen Ideologie und Propaganda unterordnen musste, drückte sich der spezifisch deutsche Charakter – 400 000 der 605 000 Einwohner waren deutschstämmig – vor allem in deutschen Schulen und Hochschulen sowie auch in einer Vertretung der Deutschen in Partei, Wirtschaft und Verwaltung aus. Deutschsprachige Publikationsorgane waren zwar der offiziellen politischen Reglementierung unterworfen, doch für die Bevölkerung hatten der Gebrauch der deutschen Sprache und das Leben der eigenen Kultur eine hohe Bedeutung.

Bereits in den Wirren des Bürgerkriegs nach der Oktoberrevolution 1917 war an der Wolga die „deutsche Arbeitskommune“ ausgerufen worden. Damit war der Grundstein für die spätere autonome Republik gelegt worden. Dass das Gebiets- bzw. Republikzentrum mit Engels einen deutschen Namen trug, unterstrich von Beginn an, dass es sich um eine deutsche Verwaltungseinheit handelte.

Mit der Autonomie gelang es den Russlanddeutschen kurzzeitig, innerhalb der Sowjetunion ein eigenes Profil aufzubauen. Diese eigenständige Entwicklung, mit Fortschritten beispielsweise im Wirtschafts- und Kulturleben und im Bildungssystem, wurde jedoch durch die von Stalin eingeleitete Kollektivierung der Landwirtschaft und durch den ersten Fünfjahresplan 1928 abrupt gestoppt. Die Zwangsmaßnahmen, die die Kollektivierung begleiteten, schürten auch bei den Russlanddeutschen Ängste.

Die „Machtergreifung“ Hitlers im Jahr 1933 verschärfte die Situation schlagartig. Die deutschstämmige Bevölkerung geriet unter Generalverdacht. Man sah die in der Wolgarepublik und an anderen Orten lebenden Deutschen als Verbündete des „Dritten Reichs“ an. Spätestens seit Mitte der 1930er Jahre wurde die „fünfte Kolonne“ zum Schlagwort einer gegen sie gerichteten Propaganda.

Das Misstrauen von Staat und Partei sowie seitens der

Bevölkerung sorgte dafür, dass die Deutschen zum Opfer von Willkür und Gewalt wurden. Darüber hinaus waren sie auch vom allgemeinen Terror der Stalin'schen „Säuberungen“ mit seinen zahlreichen Todesurteilen betroffen.

Als Folge des Überfalls Deutschlands auf die UdSSR im Juni 1941 erließ der Oberste Sowjet am 28. August desselben Jahres den Erlass „Über die Umsiedlung der in den Rajons des Wolgagebiets lebenden Deutschen“. Darin hieß es, unter der deutschen Bevölkerung gebe es „Tausende und Zehntausende von Diversanten und Spionen, die auf ein von Deutschland zu gebendes Signal Sabotageakte“ auszuführen hätten. Daher sei es notwendig, „die gesamte Bevölkerung des Wolgagebietes in andere Gebiete umzusiedeln“. Die Betroffenen mussten sich in kurzer Zeit an Ort und Stelle sammeln und durften, wenn überhaupt, nur wenige Dinge mitnehmen. Viele starben auf dem tage- bzw. wochenlangen Transport in Viehwaggons. Ziele der hunderttausendfachen Deportation waren Sibirien (die Regionen Omsk, Tomsk, Kulunda und Krasnojarsk), Kasachstan (Alma-Ata, Karaganda), Tadschikistan (Duschanbe) und der hohe Norden Russlands (Syktywkar, Workuta).

Die Überlebenden wurden in Arbeitslagern und Gefängnissen zusammengefasst. Im Lauf des Zweiten Weltkriegs kamen in den „Sondersiedlungen“ rund eine Million Deutsche an. Seit 1941 wurden Männer, später auch Frauen für die sogenannte Arbeitsarmee zwangsverpflichtet. Für die Großprojekte des Eisenbahnbaus oder den Abbau von Kohle

AKG(2)



Ullstein Bild / Süddeutsche Zeitung/Photo / Scherl



Szenen aus dem Leben in der Wolgarepublik: deutschstämmige Frauen bei der Rückkehr vom sonntäglichen Gottesdienst. Links: Bauern liefern ihr Getreide bei der Sammelstelle der landwirtschaftlichen Kooperative ab.

wurden im hohen Norden Heerscharen von Arbeitskräften benötigt. Von den mindestens 350 000 Russlanddeutschen, die zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden, haben nach Schätzungen 80 Prozent nicht überlebt.

Deportation, Überlebenskampf und Diskriminierung seit 1941 sind bis heute wichtiger Bestandteil der Identität vieler Russlanddeutscher. Die Deportationen setzten auch einer eigenen Bildungsentwicklung ein Ende. Die deutschsprachigen Einrichtungen wurden 1938 bzw. 1941 aufgelöst. Anschließend wurde der Gebrauch der deutschen Sprache verboten.

Die Deutsch-Kompetenz besonders der nachkommen- den Generation nahm stetig ab. Die Auswirkungen dieser Entwicklung waren bis zum Ende der Sowjetunion, aber auch danach, spürbar. 1989/90 gaben in einer Umfrage 52,3 Prozent der bis 1930 geborenen Russlanddeutschen an, sie könnten sich auf Deutsch „gut unterhalten“. Bei den nach 1955 Geborenen waren es dagegen lediglich 6,7 Prozent. Von Staat und Partei, Sicherheitsorganen und Behörden wurde alles unternommen, um die Erinnerung an vormals bestehende deutsche Dörfer oder Schulen, Kultur und Traditionen vergessen zu machen. Auch der Begriff „Wolga- republik“ wurde geächtet.

Nachdem mit einem weiteren Erlass von 1948 zunächst die Verbannung von Deutschen und anderen von Deportation betroffenen Minderheiten „auf ewig“ festgeschrieben worden war, setzten nach Stalins Tod 1953 erste Erleich-

terungen ein. Dazu gehörte ein Erlass vom 13. Dezember 1955, der die Aufhebung der Sondersiedlungen und die Befreiung von der „Kommandanturaufsicht“, der streng reglementierten Meldepflicht, vorsah. Allerdings war damit das Verbot verknüpft, an die früheren Wohnorte zurückzukehren. Den Deutschen war es auch nicht gestattet, Forderungen auf die Rückgabe des 1941 oder auch bereits vorher konfiszierten Eigentums zu stellen.

Im Zuge der genannten Erleichterungen zogen viele Russlanddeutsche seit Mitte der 1950er Jahre aus den Sondersiedlungen unter anderem in den Süden der Sowjetunion nach Kasachstan (in Städte wie Alma-Ata oder Dschambul) sowie in andere südöstliche Republiken. Viele der Familien, die nun wieder zusammenfanden, hatten den Verlust von Angehörigen zu beklagen, die Zwangsarbeit, Hunger und Krankheit in den Lagern nicht überlebt hatten.

Nach Stalins Tod wurden auch erste Forderungen nach einer vollständigen Rehabilitierung laut. Anlass war das 200. Jubiläum der von Zarin Katharina der Großen 1763 initiierten Ansiedlung deutscher Kolonisten in Russland. Eine vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei (KPdSU) eingesetzte Kommission prüfte die Frage einer Rehabilitierung, das Ergebnisdokument vom 29. August 1964 sah aber letztlich vor, das geschehene Unrecht nur teilweise wiedergutzumachen. Der Vorwurf des Verrats wurde zurückgenommen, eine Rückkehr in die vormaligen Wohngebiete und eine Wiederherstellung der Autonomie wurden jedoch weiterhin strikt abgelehnt.

Die Tatsache, dass dieser Erlass erst am 5. Januar 1965 veröffentlicht wurde und Informationen darüber nur über Umwege – die DDR-Zeitung „Neues Deutschland“ und die „Bild am Sonntag“ berichteten – zu den Russlanddeutschen gelangten, belegt, dass diese Minderheit in der Sowjetunion weiterhin nur über begrenzte Rechte verfügte. Aus Enttäuschung über den Ukas entsandten engagierte



Ein Schicksal unter Hunderttausenden: Im Personalausweis von Anna Petrowna Demger, Jahrgang 1926, ist die Ausweisung nach Sibirien festgehalten. Ein Vermerk legt fest, dass sie nur im Raum Nowosibirsk Wohnrecht hat. Rechts: Wohnhäuser von Deutschen in Karaganda (Kasachstan).





Ullstein Bild / DPA

Im Zuge der Entspannungspolitik ließ die UdSSR einen Teil der Russlanddeutschen ausreisen. Das Foto zeigt Aussiedler 1972 bei ihrer Ankunft in Frankfurt am Main. Unten: Deportierte Wolgadeutsche mussten von 1941 bis 1945 in Krasnoturjinsk (Nordural) ein Aluminiumwerk errichten – viele starben dabei. Das Kreuz erinnert an die Opfer der Zwangsarbeit.

Russlanddeutsche zwei Delegationen nach Moskau, wo diese vom damaligen sowjetischen Staatsoberhaupt Anatas Mikojan empfangen wurden. Nach Gesprächen und langwierigen Verhandlungen stand das Scheitern der Mission fest. Partei, Sicherheitsorgane und weitere Behörden schüchterten anschließend Anhänger und Sympathisanten einer Autonomie ein.

Vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik zu Beginn der 1970er Jahre und aus Enttäuschung über die gesammelten Erfahrungen in der UdSSR sahen viele Russlanddeutsche ihre Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland. Seit Mitte der 1950er Jahre lagen zwischen 80 000 und 100 000 Ausreisearträgen vor. Die Entspannungspolitik sorgte dafür, dass jährlich immerhin bis zu 9 000 Personen ausreisen konnten.

Nachdem die Frage vor allem der Wiederherstellung der autonomen Republik an der Wolga lange Zeit in der Sowjetunion tabu war, kam es infolge der Politik von Glasnost und Perestroika unter Generalsekretär Michail Gorbatschow seit Mitte der 1980er Jahre zu einer russlanddeutschen Bewegung, die nicht nur ihre Rehabilitierung forderte, sondern auch die Wiederherstellung der Wolgarepublik.

Mit Hilfe deutschsprachiger Zeitungen, die teilweise seit 1957 erschienen, wurden vormalige politische Tabus bzw. brisante Themen zunächst über Leserbriefe, später über Beiträge von Journalisten und Fachleuten lanciert. Mit der im März 1989 gegründeten Gesellschaft „Wiedergeburt“ verfügte man schließlich über eine politische Plattform, die die Interessen der Russlanddeutschen in die Öffentlichkeit tragen konnte. Über die Frage, ob bzw. wie eine Autonomie angestrebt werden sollte, entbrannte innerhalb der „Wiedergeburt“ heftiger Streit.

Bis zum Ende der UdSSR kamen in diesem Punkt keine befriedigenden Lösungen zustande. Stattdessen stieg die Zahl der Ausreisen nach Deutschland dramatisch an. Von 1990 bis 2011 gelangten etwa 1,45 Millionen Menschen



vor allem durch Familienzusammenführung nach Deutschland. Bei den Ausreisegründen dominierte der Wunsch, eine bessere Zukunft für die jüngere Generation zu finden. Auch traute man den seit Ende der 1980er Jahre ins Spiel gebrachten Varianten für eine neue Autonomie nicht, die möglicherweise an der Wolga oder an anderer Stelle verwirklicht werden sollte, etwa im ehemaligen Königsberg (ein solcher Vorschlag war aus den Reihen der „Wiedergeburt“ gekommen).

Auch in der Russischen Föderation, dem größten Nachfolgestaat der Sowjetunion, gab es in den 1990er Jahren Widerstände gegen eine Autonomie. In den vergangenen Jahren hat sich die Lage gebessert. Heute sind nicht nur russlanddeutsche Kulturzentren oder Gesellschaften tätig. Eine insbesondere vom russischen Staat befürwortete und unterstützte „Nationale Kulturautonomie“ vertritt die Interessen der Russlanddeutschen nach außen und ist auch für Deutschland ein wichtiger Ansprechpartner.

Mit deutschen Landkreisen in Westsibirien verfügt man sogar über „eigene Territorien“, jedoch haben diese nicht den Status der ehemaligen Wolgarepublik. Die frühere Autonome Sowjetrepublik ist für viele Russlanddeutsche – sowohl in Russland als auch in Deutschland – noch immer eine feste Bezugsgröße – ein Sehnsuchtsort.

Es bleibt abzuwarten, ob nach den Deutschen auf der Krim auch die übrigen Russlanddeutschen in naher Zukunft eine weitergehende Rehabilitierung erwarten können.

PETER HILKES